

ZUSAMMENARBEIT**Europaregion
Donau-Moldau
diskutiert**

LANDKREIS. Anlässlich des Vorsitzwechsels in der Europaregion Donau-Moldau (EDM) von der Oberpfalz nach Niederösterreich fand ein virtuelles Kamingsgespräch zum Thema „Grenzregionen in der Pandemie“ statt. Die Aufzeichnung ist nun online zugänglich.

Ende Januar übergab die Oberpfalz den Vorsitz in der Europaregion Donau-Moldau (EDM) an Niederösterreich. Im Zuge dessen fand ein virtuelles Kamingsgespräch mit den Präsidiumsmitgliedern Bezirkstagspräsident Franz Löffler aus der Oberpfalz, Landesrat Martin Eichtinger aus Niederösterreich und dem stellvertretenden Kreishauptmann Pavel Hroch aus Südböhmen statt, das aufgezeichnet und nun veröffentlicht wurde, berichtet die Pressestelle der Europaregion Donau-Moldau beim Bezirk Oberpfalz.

Das Video entstand in Kooperation mit dem Europa-Forum Wachau und dem europäischen Ausschuss der Regionen und ist verfügbar unter www.europaregion.org beziehungsweise www.europaforum.at. Im Zentrum stand das Thema „Verbundene Grenzregionen – Auswirkungen und Herausforderungen der Pandemie“.

Besonderes Augenmerk wurde auf die grenzüberschreitende Mobilität gelegt, vom Pendeln und Arbeiten in den Grenzregionen bis zur Freizeitgestaltung und dem Bedarf an Gesundheitsversorgung. Grundlage des Gesprächs war eine vorab durchgeführte Umfrage unter Bürgern in den EDM-Regionen.

Franz Löffler sprach den Pendlern und Pendlern großes Lob und seine Hochachtung für das Durchhalten in der Pandemie aus und betonte, „Die Erfolge der letzten 30 Jahre, was das Zusammenwachsen in allen Lebensräumen angeht, waren deutlich größer als alle pandemiebedingten Herausforderungen. Das Bewusstsein, warum wir offene Grenzen als Mehrwert brauchen, wurde durch die Pandemie deutlich geschärft.“ Dem stimmte Landesrat Martin Eichtinger zu: „Der vertrauensvolle Austausch mit unseren Nachbarregionen ist während der Pandemie noch wichtiger geworden und hat sich sogar intensiviert. Für unseren gemeinsamen Lebensraum ist die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich von essenzieller Bedeutung. Genau aus diesem Grund hat Niederösterreich alle Gesundheitskooperationen in der Initiative Healthcross zusammengefasst und eine Langfriststrategie für die grenzüberschreitenden Gesundheitskooperationen entwickelt.“

Stellvertretender Kreishauptmann Pavel Hroch erklärte: „In der südböhmischen Stadtgemeinde Milevsko möchten wir eine bedeutende Reliquie, den Heiligen Nagel, ausstellen, der hier im Jahr 2020 gefunden wurde. Im hiesigen Prämonstratenserkloster möchten wir eine Ausstellungsfläche errichten und hier auch Besucherinnen und Besucher aus Österreich und Bayern begrüßen.“



Landesrat Martin Eichtinger, Moderator Milan Vácha, Stellvertretender Kreishauptmann Pavel Hroch und Bezirkstagspräsident Franz Löffler beim virtuellen Kamingsgespräch (von links oben nach unten). FOTO: EDM



Christian Maurer (r.), der bei den Freien Wählern die geplante Energiewende kritisch hinterfragte und Lösungsmöglichkeiten für die Politik aufzuzeigen versuchte, hatte unter anderem auch mit Kreisvorsitzendem Hans Kraus (l.) einen interessierten Zuhörer. FOTO: KRAUS

Ideen für die Energiewende

VERSORGUNG Von Speicher bis Steuern: Politik ist gefordert, rasch zu handeln. Christian Maurer geht ins Detail, damit der Umstieg klappt.

LANDKREIS. Die Energiewende stand im Mittelpunkt der jüngsten Sitzung der Kreisvorstandschafft der Freien Wähler. Der Softwareentwickler Christian Maurer aus Neubäu hatte dazu eine umfangreiche Powerpoint-Präsentation aufbereitet und die verschiedenen Aspekte des geplanten Umstiegs auf erneuerbare Energien kritisch hinterfragt. Fazit: Die derzeit konzipierte Energiewende erweist sich als „Mogelpackung“, da die immer noch eklatanten Differenzen zwischen Bedarf und Angebot an Strom kurzfristig kaum zu überbrücken seien.

Kreisvorsitzender Hans Kraus gratulierte eingangs der neu gewählten Bürgermeisterin von Blaibach, Monika Bergmann, zu ihrem Erfolg und beglückwünschte auch Dr. Karl Vetter, Cham, zum Kreisehrenzeichen, und Michael Mühlbauer, Furth im Wald, zur kommunalen Verdienstmedaille.

Beim Chamer Ortsverband bedankte er sich für die Durchführung einer Umfrage unter den „Spaziergängern“. Dabei wurde deutlich, dass die Wechselhaftigkeit bei den Entscheidungen der Regierung, insbesondere auch in Bayern („Söder wechselt ständig seine Meinung“), mit ein Grund für den Protest vieler Teilnehmer daran ist. Der

Krieg Russlands in der Ukraine führte dazu, dass das Thema Energiewende bei der Sitzung ein Höchstmaß an Aktualität erzeugte. Christian Maurer betonte die Darstellung der Problematik zunächst ein in eine Darstellung des europäischen Stromverbundes und zeigte auf, welche Wirkung die Abschaltung der letzten Atom- und weiterer Kohlekraftwerke im Jahr 2022 in Deutschland haben werde. Die Schwankungen im Stromangebot schlagen sich bereits jetzt auf die Preise der großen Stromanbieter nieder. Konnte 2015 die Kilowattstunde noch für 3 Cent an der Strombörse erstanden werden, kletterte der Preis aktuell auf bis zu 16 Cent (Einkaufspreis der Energiekonzerne) ohne Steuern und EEG-Umlagen. Zu Spitzenzeiten wird der Preis mit 8,80 Euro je kWh gehandelt. Am 24. November 2021 wurde durch ein BGH-Urteil die Strompreisobergrenze auf 100 Euro je kWh Regelleistung nach oben verschoben.

Der Faktor Ukraine-Krieg

Beim Primärenergieverbrauch in Deutschland von 3600 TerraWh werden erst 15 Prozent durch erneuerbare Energien erzeugt. Die Schwankungen von Photovoltaikanlagen und Wind können aktuell nicht durch Speicher ausgeglichen werden. Die Absicherung durch Pumpspeicherkraftwerke (derzeit 34 GigaWh in Deutschland, Österreich 3400 GigaWh, Schweiz 8000 GigaWh) lasse wenig Hoffnung aufkeimen, da auf diesem Sektor nur etwa sieben GigaWh Zubau möglich seien. Mit „Power to Gas“ könnten beachtliche 223 TerraWh gespeichert

werden, doch die Anlagen zur Produktion von „Grünem Gas“ sind zu wenige, so dass diese Technik aktuell wenig zur Energiewende beiträgt. Die durch den Ukraine-Krieg in Bedrängnis gekommene Gasversorgung aus Russland sorgt für eine zusätzliche Gefährdung der Versorgungssicherheit. Falsche politische Entscheidungen hätten auch dazu geführt, dass die Füllstände der Gasspeicher in der EU lediglich bei 27 Prozent (Österreich: 17 Prozent) auf einem historischen Tiefstand (bei einem sehr milden Winter) liegen, obwohl Russland bis jetzt seine vertraglichen Lieferungen eingehalten hat.

Sollte durch den Krieg Russland kein Gas mehr liefern, sei die Gasversorgung in Europa und vermutlich auch die Stromversorgung im kommenden Winter höchst unsicher. Die Gaslieferungen aus Russland komplett durch Flüssiggas zu decken, sei absolut unrealistisch, vor allem in der kurzen Zeit und bei den aktuellen Gaspreisen. Auf die Versorgungslücke bei Strom von 4,5 GW ab 2022 habe der Bundesrechnungshof bereits im März 2021 das Wirtschaftsministerium hingewiesen. Angemerkt sei auch noch, dass die Gasspeicher in Deutschland zum großen Teil an Gazprom verkauft wurden.

Fehlende Speichermöglichkeiten und zu geringe PV-Leistung mangels

ausreichender Sonnenscheindauer im Winter machen Netzausbau für Windstrom aus dem Norden unumgänglich. Doch von den nötigen 6900 Kilometer wurden nur 150 Kilometer realisiert, was der Bundesrechnungshof im März 2021 bereits bemängelt hat.

Akzeptanz steigern

So sollte die Politik schnellstmöglich eine Vielzahl von Maßnahmen einleiten, um die Energiewende zu schaffen. Durch eine Abschaffung der Steuer auf selbstproduzierten Strom für die Hausbesitzer und Unternehmen könnte die Akzeptanz für den Bau von PV-Anlagen mit Speichern (zusätzlich gefördert durch den Staat) erhöht werden. Kraft-Wärme-Kopplung, Weiterbetrieb von Biogas, abgeschriebenen PV- und Windkraftanlagen, Errichtung von kleinen Wasserkraftwerken, Flächen-PV-Anlagen von Bürgergenossenschaften, Förderung intelligenter Speicherlösungen, Intensivierung der Forschung zur wirtschaftlichen Wasserstoffherzeugung und Lösungen für energieautarke Gemeinden wie Ascha oder Wipoldsried werden unausweichlich sein, um Versorgungssicherheit nach dem Atomausstieg sicherzustellen.

Auch das Steuerrecht müsse reformiert und auf die Energiewende hin ausgerichtet werden, damit die Bürger in einer gemeinsamen Kraftanstrengung diese Jahrhundertaufgabe bewältigen können. Letztlich sollte, so der Vorschlag von Bürgermeister Max Schmaderer, Energienotstandsgesetze erlassen werden, um Vorschriften abzubauen und die regenerative Energieerzeugung voranzutreiben. (ckt)

BEI UNS IM NETZ

Weitere Informationen aus dem Landkreis finden Sie bei uns: www.mittelbayerische.de/cham

UKRAINE-KRIEG

Bislang haben sich 48 Flüchtlinge registrieren lassen

LANDKREIS. Auch den Landkreis haben erste Ukraine-Flüchtlinge erreicht. Beim Landratsamt Cham hatten sich bis Montag aktuell 48 aus der Ukraine geflüchtete Personen registriert. Diese sind derzeit bei Verwandten oder Freunden im Landkreis untergebracht.

In Furth im Wald mit dem Zug ankommende Flüchtlinge aus der Ukraine werden mit Shuttlebussen zum Revier der Bundespolizei gefahren. Dort werden sie polizeilich erfasst als auch ausländerrechtlich registriert. Mit dieser Registrierung erhalten die Flüchtlinge einen Ankunftsbescheinigung. Dieses Verfahren hat den Zweck, die Hilfeleistungen und die Unterbringung im gesamten Bundesgebiet zu koordinieren. Alle Menschen, die bereits Familie, Freunde oder Bekannte in Deutschland haben, die sie aufnehmen, können zu diesen weiterreisen.



Per Zug, wie hier in Warschau, treffen viele Flüchtlinge ein. FOTO: LOUISA GOULIAMAKI/AFP

Wer noch keine Unterkunftsmöglichkeit hat, wird an eine staatliche Unterkunft weitergeleitet. Am Bahnhof hat der Landkreis das ehemalige Post-Gebäude am Bahnhof als Wartebereich bis zur Weiterfahrt ertüchtigt und zusätzliche Aufenthaltscontainer aufgestellt. Das BRK betreut und unterstützt die Menschen während des ganzen Aufenthalts, unter anderem durch Carepakete oder der Verteilung von

Infektionsschutzmasken. Für eine kurzfristige Unterbringung stehen derzeit 70 Plätze beim Redemptoristen-Kloster in Cham zur Verfügung. Es erfolgt derzeit ein Ausbau um weitere 50 Betten. Zudem haben das Landratsamt Cham rund 150 Unterbringungsangebote erreicht. Die Angebote sind ganz unterschiedlicher Art, vom Gästezimmer bis zu fertig eingerichteten Wohnungen in Mehrfamilienhäusern. Zudem haben sich bereits über 20 Personen als Dolmetscher gemeldet. Geflüchtete können einen Unterkunftsbefehl melden. Wenn die Geflüchteten im Landkreis bleiben, hilft das Landratsamt bei der Vermittlung einer Wohnung. Alle Wohnungs- und Dolmetscherangebote können an das E-Mail-Postfach ukraine-flucht@lra.landkreis-cham.de gesendet, oder über die Telefonnummer 09971/78-020 mitgeteilt werden. (ck)

IMPFEN

Freie Termine in dieser Woche

LANDKREIS. In dieser Woche stehen noch 663 freie Impftermine zur Verfügung: Impfzentrum Roding 310 Termine, Impfzentrum Bad Kötzing 353 Termine. In der nächsten Woche stehen 793 freie Impftermine parat. Vom 4. bis 6. März wurden von den Impfzentren und Hausärzten im Landkreis Cham insgesamt 276 Impfungen durchgeführt, davon 46 Erstimpfungen, 65 Zweitimpfungen, 124 Drittimpfungen und 41 Viertimpfungen. Mittlerweile wurden im Landkreis Cham 91 431 (71,5 Prozent) Personen mit der Erstimpfung versorgt. Bereits 95 108 (74,3 Prozent) Personen haben ihre Zweitimpfung erhalten, dabei sind die Impfungen von Genesenen inbegriffen, und 68 862 (53,8 Prozent) Personen wurden mit einer Auffrischungsimpfung versorgt.